

90 Jahre Capper SPD

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Frau Stadträtin,
liebe Kerstin, lieber Egon!
Sehr geehrter Herr Bundestagsabgeordneter, lieber Sören!
Meine sehr verehrten Damen und Herren!
Liebe Genossinnen und Genossen!

Ich möchte meinen Rückblick auf 90 Jahre SPD OV in Cappel mit einem Blitzlicht beginnen: Wie habe ich den OV Cappel vor 25 Jahren erlebt, um mich dann zunächst der Zeit zwischen den Kriegen und abschließend der Erfolgsgeschichte nach dem zweiten Weltkrieg zuzuwenden.

Dabei werden viele Namen genannt werden, an die unsere älteren Capper Mitbürger sich vielleicht noch erinnern können, sicher auch einige von unseren Gästen. Für die Jüngeren mögen die Namen Mahnung sein, dass sie Glieder in einer Kette sind, die ihren Auftrag von anderen übernommen haben und an andere weiter geben werden, in der Hoffnung, dass man sich auch ihrer einst dankbar erinnern wird.

1. Ein Blitzlicht: der Ortsverein in den Achtzigern

Als ich gegen Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zum ersten Mal diesen Raum betrat, um an einer MV des Ortsvereins teilzunehmen, saßen die Genossinnen und Genossen in einer auffälligen Sitzordnung, die ich von meinem Bittermarker Ortsverein in Dortmund nicht kannte. Dort hatten wir gesessen, wie wir gerade hereinkamen oder mit wem wir reden wollten. Anders in Cappel. Hier hatte alles eine heilige Ordnung

Rechts vom Vorstandstisch saßen die Alten, angeführt von Konrad Hahn, der bis 1974 Bürgermeister und seitdem Ortsvorsteher von Cappel war. Er hatte im OV das Amt des Kassierers inne. Konrad saß hier unmittelbar an der Ecke und einer seiner ersten Sätze war stets: "Da hinten stehen die Getränke, ihr könnt euch bedienen; wir haben noch genug Geld in der Kasse."

Dann kamen die alten Kämpen, Weggefährten aus der Aufbauzeit nach dem zweiten Weltkrieg und Kampfgenossen um die Selbständigkeit oder Eingemeindung Cappels nach Marburg: Heinz Becker, Peter Gerber, Paul Groth, Hans Guss, Helmut Klee, Werner Kuhl, Ludwig Reinhardt, Heinz Schlapp, Rudi Strauß und Hermann Wißner. Diese Gruppe ist im Laufe der Jahre nicht nur aus Altersgründen immer kleiner geworden, sondern auch aus Enttäuschung über die unfreiwillige Eingemeindung nach Marburg, war doch die Zahl der Aktiven im Gemeindeparlament und Vorstand von etwa 20 SPD – Mitgliedern auf drei Stadtverordnete und fünf Ortsbeiratsmitglieder gesunken. Damit waren die Möglichkeiten sich kommunalpolitisch zu engagieren deutlich weniger geworden.

An diese Gruppe der Älteren schlossen sich die in den achtziger Jahren aktiven Mitglieder an, sofern sie nicht am Vorstandstisch saßen: Heinz Friedrich, Konrad Muth, Ute Quast und Heinz Wißner aus dem Ortsbeirat; Karl – Heinz Bredemann und Heidi Freitag aus dem Stadtparlament und Heinz Wahlers aus dem Kreistag.

Auch unser damaliger Landrat Kurt Kliem und unsere damalige Bundestagsabgeordnete Brigitte Lange hatten ursprünglich zu unserem Ortsverein gehört, waren dann aber weggezogen und in anderen OV heimisch geworden.

Die heute Aktiven saßen mit vielen anderen Studierenden auf der linken Seite und kamen zum größten Teil aus der Juso – Hochschulgruppe. Sie versuchten, z.T. mit großem Erfolg, ihr Studium zu einem irgendwie sinnvollen Abschluss zu bringen: Unsere Stadträtin Kerstin Weinbach bastelte an ihrer Dissertation und unser Bundestagsabgeordneter Sören Bartol an seiner Diplomarbeit. Bis auf unsere Vorstandsmitglieder Birgit Klein, inzwischen auch Frau Doktor, und Uwe Meier, einige Jahre Stadtverbandsvorsitzender, sind die Jungakademiker von damals in alle Winde verstoßen und machen beruflich und/oder politisch Karriere.

2. Zwischen den Kriegen: Gründung und Verfolgung

Solche Mitglieder waren in der Gründungsversammlung unseres OV vor 90 Jahren undenkbar. Zwar hatte es schon damals auch in Marburg studierende Sozialdemokraten gegeben, aber die wohnten nicht in Cappel; denn Cappel war nach dem ersten Weltkrieg noch ein Dorf, als sich eine handvoll Handwerker und Arbeiter zum Ortsverein Cappel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zusammenschlossen.

In Marburg dagegen war es schon vor dem ersten Weltkrieg zu einer Ortsvereinsgründung gekommen, obwohl die Universitätsstadt an der Lahn in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts kein gutes Pflaster für eine Arbeiterpartei bot. Später berühmte Genossen wie August Bebel und Philipp Scheidemann hatten es hier nicht lange ausgehalten. Es war kein Zufall, dass der Antisemitismus nicht erst mit den Nazis nach Marburg gekommen ist. Und schon vor 1933 lag der Anteil der NSDAP nicht nur bei den Reichstagswahlen über dem jeweiligen Durchschnitt im Deutschen Reich. Marburg war im ersten Drittel des vorigen Jahrhunderts wahrlich keine vom Fortschritt geprägte Beamten- und Professorenstadt.

Nicht viel anders sah es in den Hausdörfern um Marburg aus. Cappel war seit 1905 durch die Kreisbahn und seit 1911 durch die Elektrische Straßenbahn ab Südbahnhof an die Stadt angebunden. Im Herbst 1910 konnte die Einweihung der neuen Wasserleitung gefeiert werden und 1914 erfolgte der Anschluss an das allgemeine Stromnetz. Cappel hatte noch 1925 1190 und 1928 1250 Einwohner und eine dreigestufte Volksschule mit 233 Kindern. 70 % der Familien lebte von der Landwirtschaft, die anderen waren vor allem im Baugewerbe in der Kreisstadt tätig. Letztere bilden den Kern des neuen Ortsvereins. Der Landjägerposten in Cappel meldete am 29. Juni 1933 je einen Maurer, Installateur, Zimmermann, Elektriker, Eisenbahner, Schuhmacher und Arbeiter als von der Geheimen Staatspolizei zu überwachende Cappeler Sozialdemokraten an die zuständige Polizeibehörde.

Vierzehn Jahre vorher hatten diese Männer unter dem Vorsitz des Maurers Heinrich Waldschmidt damit begonnen, die Entwicklung des traditionellen Dorfes zu einer modernen Vorstadtgemeinde voranzutreiben. In der Zeit zwischen dem Matrosenaufstand in Kiel am 4. Nov. 1918 und der Konstituierung der Nationalversammlung in Weimar am 6. Febr. 1919 mit der Wahl der Sozialdemokraten Friedrich Ebert zum vorläufigen Reichspräsidenten und des Kasseler Oberbürgermeisters Philipp Scheidemann zum ersten Ministerpräsidenten,

später Reichskanzler, hatte sich die Zahl der sozialdemokratischen Mitglieder in Nordhessen von 1.479 auf 15.020 mehr als verzehnfacht.

Schon einen Monat vor der Konstituierung der Nationalversammlung hatte es erste Wahlen zu einer Landesversammlung für Marburg und Umgebung gegeben. Dabei erreichten die Sozialdemokraten in Cappel 348 Stimmen gegenüber 40 Stimmen für die in Marburg führende Deutsche Demokratische Partei (heute FDP) unter dem bekannten liberalen Theologieprofessor Martin Rade. Jetzt war es auch in Cappel soweit, als Ortsverein der SPD hervortreten, nachdem die Arbeiter vorher lediglich in der Zweigstelle des Marburger Konsumvereins einen gewissen Rückhalt hatten.

Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit lag in der Bau- und Siedlungspolitik. Sie unterstützten dabei den seit 1914 amtierenden und 1919 einstimmig wiedergewählten Bürgermeister Wißner. Zugleich folgten sie damit dem Beschluss der Kreiskonferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter vom August 1919: „Die sozialdemokratische Gemeindevertreterkonferenz des Kreises Marburg hält die Beschaffung von Land für die Besitzlosen der Dörfer für eine der dringendsten Aufgaben eines wirklichen Volksstaates; sie richtet daher an die Parteileitung und die Landesversammlungen das Ersuchen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dieser Frage näher zu treten.“

Doch 1933 war schon wieder alles vorbei. Nach der Reichstagswahl am 5. März. 1933, bei der die NSDAP 48,4 % (im Regierungsbezirk Kassel 53,1 %) der Stimmen erhalten hatte, lösten die Nationalsozialisten alle Kommunalparlamente auf. Die Kommunisten wurden sofort verboten, die Sozialdemokraten schikaniert und unter Druck gesetzt. In Cappel wurden ebenfalls Hausdurchsuchungen durchgeführt, darunter auch bei Heinrich Waldschmidt, und die SPD – Mitglieder: Konrad Beyer, Johannes Daniel, Konrad Fischer, Jost Heuser, Jakob Kühn, Konrad Kühn, Peter Löwer und Heinrich Waldschmidt an die Gestapo gemeldet. Im Kreis wurden insgesamt 123 Kommunisten und Sozialdemokraten vorübergehend in sogenannte Schutzhaft genommen, davon einer aus Cappel.

Als ein Beispiel aus der Reihe der Gesetze, Verordnungen und Runderlasse jener Wochen und Monate möchte ich Ihnen nur die Polizeiliche Verfügung des Landrats vom 13. Juli 1933 vorlesen, um zu zeigen, in welchem bürokratischem Kauderwelsch aber formal korrekt die Nazis, hier konkret der Preußische Innenminister Hermann Göring, ihre Machtübernahme von Berlin aus Schritt für Schritt auch in der Provinz durchsetzten:

Der Landrat
I.A.

Marburg, d. 13. Juli 1933

Polizeiliche Verfügung

Nach einem Runderlass des Herrn preußischen Ministers des Innern vom 24. Juni 1933 ist die sozialdemokratische Partei Deutschlands namentlich nach ihrer Betätigung in den letzten Tagen und Wochen als staats- und volksfeindliche Organisation anzusehen. Infolgedessen ist von dem Herrn Minister angeordnet worden, dass alle Mitglieder der

Vertretungskörperschaften der Gemeinden, die selbst Mitglieder der sozialdemokratischen Partei Deutschlands sind bzw. waren oder die auf Grund von Wahlvorschlägen der sozialdemokratischen Partei Deutschlands oder einem dieser Partei gleichzuachtenden Wahlvorschlag gewählt worden sind, von der weiteren Ausübung ihrer Mandate auszuschließen [sind], da ihre Weiterbetätigung eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit darstellt. Da sie bisher der S.P.D. angehört haben bzw. auf einen Wahlvorschlag der S.P.D. oder einer dieser Partei gleichzuachtenden Wahlvorschlag gewählt worden sind wird Ihnen in Ausführung oben bezeichneten Ministerialerlasses gemäss § 14 des Polizeiverwaltungsgesetzes hiermit aufgegeben, sich der weiteren Ausübung des Mandats zu enthalten, widrigenfalls Ihre polizeiliche Inhaftnahme nach Maßgabe des § 1 der Verordnung zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 erfolgen würde.

Gemäß § 45 des Polizeiverwaltungsgesetzes steht Ihnen binnen 2 Wochen vom Tage der Zustellung ab gerechnet, die Beschwerde zu. Die Beschwerde ist schriftlich oder zu Protokoll bei derjenigen Stelle einzulegen, welche die Verfügung erlassen hat.

gez. Schwebel

Zwei Monate vor dieser Verfügung, am 5. Mai 1933, hatte die erste Sitzung des Gemeinderats nach der Machtübernahme durch die NSDAP stattgefunden. Auf ihr wurde Bürgermeister Wißner nach fast 20 jähriger Amtszeit durch den Nationalsozialisten Elmsheuser als Bürgermeister abgelöst. Bereits bei dieser Wahl waren die Stimmen der Sozialdemokraten als ungültig gewertet worden.

3. Der Neuanfang nach dem Zweiten Weltkrieg: Eine Erfolgsgeschichte

Am 15. Dez. 1945 trat die erste Cappeler kommissarisch bestellte Gemeindevertretung nach dem Terror der NS Zeit zusammen, darunter acht Sozialdemokraten, erneut mit Heinrich Waldschmidt an der Spitze. Bis zu seinem Tod am 25. 11. 1948 war er nicht nur wieder im Gemeinderat, sondern auch im Kreistag und Kreisausschuss tätig. Unter diesen ersten, kommissarisch bestellten Gemeindevertretern war auch der Genosse Otto Theis, der bald darauf einer der ersten Nachkriegsbürgermeister von Cappel werden sollte.

Das Protokoll dieser ersten Sitzung liest sich für uns Nachgeborene fast wie eine Burleske. Schon die Tagesordnung für diese historisch so wichtige Sitzung wirkt grotesk:

1. Zuschuss zur Eberhaltung
2. Nachtwachen
3. Besetzung der II. Pumpenwärterstelle

Zu Punkt 1. wurde dem bereits von dem vorigen Bürgermeister Elmsheuser bewilligten Zuschuss zum Ankauf eines gekürten Zuchtebers in Höhe von 210 RM zugestimmt.

Zu Punkt 2. wurden folgende Regelungen getroffen: Zu Nachtwachen sollen alle ehemaligen SA Leute und alle Parteimitglieder, welche vor dem 1. Mai. 1937 Mitglied waren, herangezogen werden.

Zu Punkt 3. wird über eine Bewerberliste abgestimmt.

Der Alltag musste bewältigt werden und man ging zur Tagesordnung über, ohne die Vergangenheit zu verdrängen. Einerseits sollten die Mitbürger bestraft werden, die sich von der NS Ideologie hatten verführen lassen, aber andererseits hielt man sie nach wie vor für rechtschaffen und zuverlässig, um ihnen in den unruhigen Nachkriegsmonaten die Nachtwachen anzuvertrauen.

Seit 1952 stellt die SPD als Mehrheitspartei bis 1974 den Bürgermeister und seit der Eingemeindung nach Marburg den Ortsvorsteher von Cappel. Bis 1993 betrieb Conrad Hahn, vor allem durch eine geschickte Wohnungsbauförderung für die auch nach Cappel strömenden Flüchtlinge aus dem Osten, die rasante Weiterentwicklung des Dorfes zu einem modernen, lebens- und liebenswerten Stadtteil von Marburg. Von 1946 – 1974 hatte sich die Einwohnerzahl von 2.282 auf 5.641 mehr als verdoppelt. Gegenwärtig lenkt Heinz Wahlers mit geschickter Hand unser inzwischen auf über 7.000 Einwohner gewachsenes Gemeinwesen.

Doch nicht nur diese an den Beschluss der Kreisgemeinderätekonzferenz der SPD vom August 1919 anknüpfende Bau- und Siedlungspolitik kennzeichnet die Nachkriegsaktivitäten der Cappeler SPD. Vorbildlich war vor allem ihre Schulpolitik. Wir erinnern uns daran: Erst 1956 wurde die Schule voll jahrgangsgegliedert, d.h. es gab acht Klassen und acht Lehrer. Sie gehörte damals zu den wenigen „großen“ Schulen im Landkreis, eine wichtige Voraussetzung, Mittelpunktschule mit zunächst 19 Lehrern zu werden. 1983 wurde die erste integrative Schulanfängerklasse gebildet und 1986 die Förderstufe eingeführt. Letztere fiel bereits der inzwischen geänderten Landespolitik zum Opfer. Der Integrationscharakter steht ebenfalls auf dem Spiel.

Das ist nur ein, wenn auch markantes Beispiel für die Abhängigkeit der Kommunalpolitik von den übergeordneten Politikbereichen. Andere Beispiele sind der Kampf um den Erhalt unseres Jugendhauses als Folge der sogenannten „Zukunftsichernden Sparpolitik“ der hessischen Landesregierung sowie die Weiterentwicklung unserer Kindergärten und vieles mehr. Hessen ist eines der Bundesländer, von dem die durch den Bund zur Verfügung gestellten Mittel für die Einrichtung von Ganztagschulen und voll ausgebauten Kindertagesstätten am schleppendsten abgerufen werden.

Die Cappeler SPD hat sich jedoch nicht nur um die Cappeler Kinder und Jugendlichen gekümmert sondern sehr frühzeitig auch den demographischen Wandel ins Auge gefasst und am 17. Juni 2008 zu einer offenen Mitgliederversammlung unter Beteiligung Cappeler Bürger, der Ev. Kirchengemeinde und ihrer Einrichtungen (Jugendhaus, Diakoniestation) zu dem Thema „Auch die Cappeler werden älter“ eingeladen. Am 28. Oktober hat der Ortsvereinsvorstand im Anschluss an eine Besichtigung der stadteigenen Liegenschaften am August-Bebel-Platz folgenden Beschluss gefasst.

Darin bittet er darum, dass der Ortsbeirat Cappel, die Stadtparlamentsfraktion der SPD und der Stadtverbandsparteitag der SPD sich diesen Beschluss zu eigen machen, um die zur Umsetzung des Antrages notwendigen Maßnahmen durch den Magistrat der Stadt Marburg zu erwirken.

„Angesichts des Demographischen Wandels und der, trotz aller Anbindung an die

Kernstadt, gerade für die jungen und die alten Mitbürger bleibenden Bedeutung der Eigenständigkeit des Stadtteils Cappel ist die Entwicklung des August-Bebel-Platzes und seiner anliegenden Gebäude zu einem Generationen übergreifenden Begegnungszentrum dringend notwendig.

Eine erste Voraussetzung für diesen Zukunftsplan ist der Verbleib des Rathauses/Verwaltungsaußenstelle im Eigentum der Stadt und eine entsprechende Umgestaltung für eine Nutzung als Veranstaltungsort für Cappeler Bürgerinnen und Bürger.

Darüber hinaus müssen für Planungen zur Neugestaltung des August-Bebel-Platzes unter Berücksichtigung des ehemaligen Postgebäudes und der anderen städtischen Liegenschaften sowie des neuen Verkehrskonzeptes für die Marburger Straße Mittel in den kommunalen Haushalt eingestellt werden. Dabei ist eine breite Beteiligung der Cappeler Bürgerinnen und Bürger, der Vereine, insbesondere des TSV, der Burschenschaft und der Ev. Kirchengemeinde mit ihrem Jugendhaus sicher zu stellen.“

Diesen Beschluss hat sich der Ortsbeirat Cappel inzwischen zu eigen gemacht und im Anschluss daran weitere Aktivitäten sowohl zur Gestaltung der Marburger Straße und des August Bebel Platzes als auch der Altenhilfeplanung eingeleitet.

Die Cappeler Wähler sind sich der Tatsache stets bewusst gewesen, wie viele Anstöße zur positiven Weiterentwicklung ihres Stadtteils von der Cappeler SPD ausgegangen sind und haben bei allen für unseren Stadtteil relevanten Wahlen, also nicht nur bei der Kommunalwahl, der Partei ihre Stimme gegeben, die ihren Stadtteil seit 57 Jahren vorangebracht hat.

Ich hoffe sehr, dass sich diese Verbundenheit von Cappel mit ihrer SPD auch bei der anstehenden Bundestagswahl zeigt, und unser Bundestagskandidat Sören Bartol, der wichtige Jahre seines Lebens in Cappel verbracht hat und unserem Stadtteil, nicht nur durch seine Mitgliedschaft in der Freiwilligen Feuerwehr, immer noch eng verbunden ist, uns auch im nächsten Bundestag vertreten wird.

Blicken wir noch einmal an den Anfang zurück. Nicht alle Blümenträume sind gereift. Die Idee vom Volksstaat, der 1919 viele Genossinnen und Genossen begeistert hat, ist nicht verwirklicht worden. Eine Räterepublik a lá UdSSR haben nur die Kommunisten dauerhaft verfolgt und sind enttäuscht worden. Heute hat diese Idee nach den Erfahrungen der DDR selbst DIE LINKE aufgegeben und sich auf den Boden des Grundgesetzes gestellt.

Und dennoch: Ohne die SPD wäre dieses Jahrhundert anders gelaufen. Allein sie hat die junge parlamentarische Demokratie gegen Links und Rechts verteidigt. So hat sie entgegen allen bürgerlichen Parteien, nachdem die KPD bereits aus dem Reichstag ausgeschlossen worden war, am 23. März 1933 auch als einzige gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz gestimmt. „Alles kann man uns nehmen, aber unsere Ehre nicht“ waren die letzten Worte der eindrucksvollen Protestrede des Fraktionsvorsitzenden Otto Wels vor der Abstimmung.

Und ohne sie wäre die Bundesrepublik einschließlich der Wiedervereinigung nicht zu dem sozialen Rechtsstaat geworden, der für viele Länder, gerade auch der ehemaligen UdSSR und der von ihr unterdrückten ehemaligen Volksdemokratien, bis heute ein Vorbild ist. Ich

habe selbst auf Tagungen mit den Sozialministern der jungen Demokratien und ihrer leitenden MitarbeiterInnen in Moskau und Petersburg, in Kiew und Bratislava, dort auch über deren Rundfunksender, über dieses Modell referieren und dafür werben dürfen.

Darum gilt auch heute: Solidarität und Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit, eine soziale Wirtschaftsordnung und ein die Zukunft unserer Kinder sichernder, schonender Umgang mit der Natur sowie ein dauerhafter Verzicht auf Atomkraft ist ohne die Sozialdemokraten nicht zu haben.

Prof. Dr. Dr. Siegfried Keil
Stellvertr. Vorsitzender des Ortsvereins Cappel